

W.Behr
88634 Herdwangen-Schönach
Hügelhof 31

an Bundespräsident F.W.Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

15.Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier.

Sie haben heute das Verbrennen israelischer Fahnen anlässlich von Demonstrationen gegen die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA vehement kritisiert. Dabei ist es nicht einmal eine Übertretung des Demonstrationsrechts. Zunächst möchte ich meine Solidarität mit diesem symbolischen Verbrennungsakt bekunden. Nicht die Verbrennung der israelischen Flagge ist unanständig, sondern die Komplizenschaft der deutschen Regierung mit der völkerrechtswidrigen Politik des zionistischen Israels und ihre Belohnung durch Lieferungen von Rüstungsgütern, die das Leben der Palästinenser zur Hölle macht.

Das Verbrennen eines Davidsterns wäre eindeutig eine Verunglimpfung des gesamten Judentums und ist als antisemitische Handlung zu ahnden. Dagegen ist das Verbrennen der Flagge Israels, die nun einmal den Davidstern enthält und die sich unzweifelhaft nur auf den Staat Israel auch mit seiner nichtjüdischen Minderheit bezieht, der Ausdruck eines berechtigten, demokratischen Protests gegen die das humanitäre Völkerrecht mit Füßen tretende Kolonialpolitik dieses Staates, wie sie auch im Jerusalem-Konflikt zum Ausdruck kommt.

Es tut mir leid, wenn Juden unterschiedslos durch eindeutig antisemitische Äusserungen einzelner Heisssporne verletzt werden. Wer sich aber zum Sprachrohr Israels macht, wie etwa der Zentralrat der Juden und leider auch die meisten jüdischen Kultusgemeinden, muss sich darüber nicht beklagen. Würden sie sich als jüdische Deutsche sehen und nicht „Israel als ihre Heimat“ betrachten, müsste ihnen die Verbrennung der Israel-Flagge kaum Probleme bereiten. Kritisiere ich einen Menschen jüdischen Glaubens wegen seiner Solidarität mit der israelischen Politik, kritisiere ich ihn als Mensch und nicht als Juden. Es gibt eine lange Liste deutscher und israelischer Juden, etliche NGOs in Israel, die grosse Kritiker der Politik Israels sind, die sich aktiv für einen gerechten Frieden in Nahost einsetzen. Gerade sie werden diffamiert von jenen zionistischen Kreisen, denen Sie sich anbiedern.

Nun zu Ihrer Rede in der israelischen Botschaft. Wenn Sie meinen, „dass sich in Deutschland Dinge nicht verändern“, ist geradezu das Gegenteil gegenüber der Politik Israels gefordert. Wenn „Verantwortung nicht verhandelbar sei“, dann bitte auch für die Palästinenser, was ihren energischen Einsatz für die baldige Anerkennung des Staates Palästina zur Folge haben müsste. „Deutsch zu sein“, bedeutet für mich in erster Linie für die Einhaltung von Völker- und Menschenrecht einzutreten und gegen seine massive Verletzung mit allen erlaubten Mitteln zu protestieren. Das sich „der Antisemitismus auf vielfältige Weise zeige“ zeigt mir, dass Sie dem zionistischen Narrativ aufgesessen sind,

dass bewusst Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik vermischt, um Israelkritik zu verhindern. Auch ist Israelkritik nicht gleich Israelhass. Ein Kritiker der deutschen Politik ist auch kein Deutschenhasser.

Ich möchte abschliessend den Politologen Ludwig Wartzal ausschnittsweise zitieren:
...die herrschende politische Kaste und beugen sich dem Diktat zionistischer Kreise, einschließlich des Zentralrates der Juden in Deutschland. Sie haben den „[Antisemitismus](#)“ zu einer Seifenoper degradiert, wie zuletzt bei einer Anti-Israel-Demonstration geschehen, als man das Anzünden einer selbst gebastelten Israelfahne zum antisemitischen Akt hochstilisiert hat. Von den drei inzwischen erschossenen Palästinensern nimmt man dagegen keinerlei Notiz.

Herr Präsident, Sie mögen der Präsident Deutschlands sein, aber mich vertreten Sie nicht.

Mit freundlichen Grüßen - W.Behr